

Beschluss des SPD-Parteivorstandes:

Anstöße für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig Anstöße für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost beschlossen:

Für einen dauerhaften Frieden Anstöße für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost

Durch die UN-Resolution 1701 gibt es die Chance, ein Ende des erschütternden Konflikts im Nahen Osten zu erreichen. UN-Generalsekretär Kofi Annan hat mit der israelischen und libanesischen Regierung eine Vereinbarung über eine Waffenruhe getroffen, die von den Konfliktparteien weitgehend eingehalten wird und die Anlass zur Hoffnung gibt, dass das entsetzliche Leid der Menschen vor Ort beendet werden kann.

Dabei ist klar, dass der Nahost-Konflikt nicht allein durch militärische und polizeiliche Maßnahmen gelöst werden kann. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass man bei den Ursachen von Konflikten ansetzen muss, wenn man zu einem dauerhaften und stabilen Frieden kommen will. Unsere Ziele sind auch hier die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.

Neben der schnellen humanitären Hilfe, die die Menschen erreichen muss, ist es nun entscheidend, eine weitgehende politische Flankierung vorzunehmen, um eine nachhaltige Perspektive in der Region zu entwickeln. Nur die Kombination aus einer starken politischen Initiative mit dem Einsatz einer UN-Friedenstruppe hat Aussicht auf Erfolg.

Jede Initiative muss dabei international eingebettet sein: Den Vereinten Nationen im Quartett mit der EU, den USA und Russland kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Das Nahost-Quartett muss seine seit 2002 laufende gemeinsame Arbeit zur Umsetzung des Nahost-Friedensfahrplans („roadmap“) nun wieder verstärkt aufnehmen. Ebenfalls sind die Länder in der Region gefragt, einen substantiellen Beitrag für einen stabilen Frieden zu leisten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat diesem Ansatz Rechnung getragen, indem er seine diplomatischen Initiativen eng mit unseren internationalen Partnern abgestimmt hat. Mit seinem unermüdlichen Engagement und durch seine Reisen nach Israel, Libanon, in die Palästinensischen Autonomiegebiete, nach Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien leistet der deutsche Außenminister einen entscheidenden Beitrag zur Regelung des Konflikts und zu einem umfassenden Lösungsansatz.

Die Beschlüsse der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, des G8-Gipfels und der Libanon-Konferenz in Rom zeigen, dass die internationale Gemeinschaft weiß, dass ein breiter Lösungsansatz für den Nahen Osten Not tut.

Aus Sicht der SPD muss ein politisches Gesamtkonzept u. a. folgende Punkte enthalten:

1.

Israel sichern: Alle Initiativen in und für die Region müssen darauf hinauslaufen, die Sicherheit Israels zu verbessern. Jeder, der auch nur den leisesten Zweifel am Existenzrechts Israels aufkommen lässt, muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Israel hat ein selbstverständliches Recht, in Frieden und ohne Furcht vor unsäglichen Attacken zu leben. Die als Geiseln genommenen israelischen Soldaten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden.

2.

Libanon stärken: Der Libanon war nach Beendigung des Bürgerkriegs auf einem guten demokratischen Weg. Die Menschen im Libanon haben ein Recht auf eine friedliche Zukunft. Ziel aller Maßnahmen für den Libanon muss sein, eine – auch für die Menschen vor Ort – funktionierende Staatlichkeit wieder herzustellen, die für eine innere Befriedung des Libanon notwendig ist. Dies beinhaltet humanitäre Hilfe und umfassende Aufbauhilfe für die zerstörte Infrastruktur, beispielsweise beim schnellen Wiederaufbau der Wasserversorgung. Zusätzliche Instrumente für eine Stabilisierung des Libanon könnten u.a. eine internationale Geberkonferenz, ein Schuldenerlass und die Einstufung des Libanon als Kooperationsland für Entwicklungshilfe sein.

3.

Palästina aufbauen: In erster Linie muss es hierbei darum gehen, den Geist der sogenannten roadmap, den von Israel und Palästina anerkannten, bislang aber nicht umgesetzten Friedensplan, wieder neu zu beleben. Es bleibt dabei, dass ohne die Herstellung eines eigenständigen überlebensfähigen palästinensischen Staates eine Lösung des Nahost-Konfliktes nicht möglich ist. Außerdem müssen mit großem Nachdruck die Fragen der Grenzziehung, der palästinensischen Flüchtlinge, der Siedlungen, des Status Jerusalems und der Verteilung der Wasserressourcen geklärt werden.

Deutschland und die EU werden sich weiterhin mit großem Engagement und substantieller Finanzhilfe für Palästina einsetzen. Israel muss, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern, die palästinensischen Mittel aus Steuern und Zoll freigeben, sowie die Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter wiederherstellen.

4.

Humanitäre Hilfe verstärken: In den palästinensischen Gebieten ist die humanitäre Situation zum Teil erschütternd. Die internationale Gemeinschaft – und damit auch Deutschland - muss über das bereits Veranlasste hinaus, schnell und unbürokratisch Mittel zur Verfügung stellen, um eine Versorgung der Menschen sicherzustellen.

5.

Zivilgesellschaftliche Strukturen fördern: In den palästinensischen Autonomiegebieten gibt es positive zivilgesellschaftliche Entwicklungen und Ansätze eines konstruktiven innerpalästinensischen Dialogs. Es ist notwendig, diesen Prozess zu begleiten und zu fördern, mit dem Ziel, zu einer inneren Befriedung in Palästina zu kommen. Der palästinensische Präsident Machmud Abbas ist der gewählte Repräsentant seines Volkes, der unsere intensive Unterstützung verdient. Darüber hinaus hat das Nahost-Quartett der Hamas-Regierung einen Dialog angeboten. Die hierfür genannten Forderungen (Anerkennung Israels, Abschwören von Gewalt und das Akzeptieren der einschlägigen internationalen Vereinbarungen) gelten unverändert. Auf dieser Basis befürworten wir einen Dialog mit der gewählten palästinensischen Regierung. Die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die die Quartett-Kriterien anerkennt, wird befürwortet.

6.

Freilassung von Gefangenen: Die Europäische Union hat zurecht gefordert, die gewählten palästinensischen Regierungsmitglieder und Parlamentarier freizulassen. Dies ist ein wichtiger Schritt, der zu einer Entspannung der Situation beitragen würde.

7.

Regionale Mächte einbeziehen: Es ist ein richtiger Ansatz des deutschen Außenministers, den schwierigen Gesprächspartner Syrien in die diplomatischen Aktivitäten einzubeziehen. Allerdings kann ein solcher Dialog nur auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zum friedlichen Ausgleich regionaler Interessenunterschiede erfolgen. Erst damit bietet sich die Chance, in einen umfassenden Dialog über nachhaltigen Frieden einzusteigen und Grenzfragen endgültig zu klären. Auch andere Länder in der Region und die Arabische Liga sind Gesprächspartner, die einen Beitrag zu einer Gesamtlösung leisten können und müssen. Wir wollen den Dialog mit allen Partnern, die an einem umfassenden Frieden auf der Basis internationaler Vereinbarungen interessiert sind. Das Angebot, das die Europäische Union zusammen mit den ständigen Sicherheitsratsmitgliedern an Iran gemacht hat, zeigt, dass wir bereit sind, mit allen Staaten in der Region in einen konstruktiven Dialog einzusteigen. Iran sollte die Chance nutzen und konstruktiv auf den Vorschlag reagieren.

8.

Abrüstungsinitiativen wiederbeleben: Wir müssen das Thema Abrüstung wieder mit größerem Nachdruck auf die Tagesordnung setzen. Dabei gilt es, den Nichtverbreitungsvertrag insgesamt zu stärken und alle Länder, die ihn bislang nicht unterzeichnet haben, zu ermutigen, dies zu tun. Wir halten am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest und müssen auch über regionale Sicherheitsstrukturen den berechtigten Sicherheitsinteressen der Länder Rechnung tragen. Im Bereich konventioneller Waffen, auch der sogenannten kleinen und leichten Waffen, müssen wir verstärkt initiativ werden. Die Zusammenarbeit Deutschlands mit der Arabischen Liga und ihrer Mitgliedsstaaten im Bereich der Kleinwaffenkontrolle und -zerstörung ist ein gutes Beispiel für eine vorausschauende Politik, die intensiviert werden muss.

Regionale Abrüstungsinitiativen - auch in Nahost – und ein Konzept gemeinsamer Sicherheit in der Region sind Instrumente, Stabilität zu erreichen und Ressourcen für Zukunftsinvestitionen freizumachen.

9.

Terrorismus rechtsstaatlich bekämpfen: Terrorismus ist durch nichts zu rechtfertigen, egal mit welcher Begründung er auftritt. Dies gilt im Nahen Osten ebenso wie weltweit. Der Terrorismus muss weiterhin entschieden bekämpft werden. Dabei ist es elementar, dass beim Kampf gegen den Terror die internationalen Standards, die in den allgemeinen Menschenrechten und im Völkerrecht rechtsverbindlich verbrieft sind, strikt eingehalten werden.

10.

Transkulturellen Dialog ausbauen: Wir werden es nicht zulassen, dass geistige Brandstifter überall auf der Welt, einen Konflikt zwischen dem sogenannten Westen auf der einen und „dem Islam“ oder der arabischen Welt auf der anderen Seite herbeireden. Der Islam ist eine friedliche Religion, die wir wertschätzen und respektieren. Und die arabischen Länder blicken auf eine lange Tradition zurück. Es gilt, auf allen gesellschaftlichen Ebenen in einen tiefgehenden und kontinuierlichen Dialog einzutreten. Hier haben staatliche Stellen ebenso eine Aufgabe, wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure.

11.

Überprüfung bestehender Instrumente: Die Europäische Union hat eine Reihe von Kooperationsinstrumenten mit den Ländern des Nahen Ostens entwickelt. Es muss überprüft werden, ob diese Instrumente zu einer kohärenten EU-Politik in der Region führen. Die EU muss – bei Bedarf – hier nachsteuern, feinjustieren und ggf. neue Instrumente entwickeln. Spätestens mit der deutschen Ratspräsidentschaft könnte hierfür die Initiative ergriffen werden. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die Ressortabstimmung innerhalb Deutschlands.

Der Nahost-Konflikt, das entsetzliche Leiden der Menschen, hat uns alle betroffen gemacht und schockiert. „Ohne den Frieden ist alles andere nichts“ hat Willy Brandt sehr zutreffend formuliert. Es ist zu hoffen, dass unter dem Eindruck des Krieges der letzten Wochen die Chance für eine breit angelegte Friedensregelung ergriffen wird.

Die SPD und ihre Vertreterinnen und Vertreter werden sich weiterhin mit großem Nachdruck für eine solche nachhaltige und dauerhafte Lösung einsetzen. Dies sind wir den Menschen schuldig - und unserem eigenen Verständnis als Friedenspartei.